

**B e s c h l u s s
des Beirates Neustadt
vom 15.07.2021**

**Stellungnahme zu Um- und Neubauten der Hochschule Bremen an
der Großen Johannisstraße**

Der Beirat Neustadt kann dem Bauvorhaben der Hochschule auf Grundlage der präsentierten [Fakten aus der Sitzung vom 17. Juni 2021](#) nach wie vor nicht zustimmen. Auch wenn eine Intensivierung der Klimaanpassungsmaßnahmen für den Erweiterungsbau der Hochschule Bremen geplant ist, fehlt dem Beirat eine verbindliche Gebäudeökobilanz. Diese könnte die Gesamtheit der CO₂-Emissionen darstellen und darüber hinaus entscheidende Angaben zum gesamten Lebenszyklus der Gebäude von der Rohstoffgewinnung über den Transport bis hin zur möglichen Entsorgung der eingesetzten Materialien machen.

Der Beirat stützt seinen Entschluss zum einen auf den Koalitionsvertrag der Landesregierung (siehe Anlage 1), die sich dazu verpflichtet hat beim Bau öffentlicher Gebäude der Konzepte von Null-/Plusenergiehäusern anzunehmen und vorrangig ökologische bzw. recycelte Baustoffe einzusetzen. Zum anderen hat der Beirat Neustadt sich 2019 selbst auferlegt, zukünftig bei allen Beschlüssen zu berücksichtigen, welche Auswirkungen bestimmte Vorhaben in Bezug auf die Klimakrise haben (siehe Anlage 2). Nach seiner [ausführlichen Stellungnahme vom 11.02.2021](#) begrüßt der Beirat ausdrücklich die Umwandlung versiegelter Flächen in Grünflächen unmittelbar vor dem Gebäude und den Erhalt vorhandener Bäume sowie Neupflanzungen als Maßnahmen einer klimaangepassten Bauweise in der Stadt. Auch eine ausgeweitete Dach- und Fassadenbegrünung trägt zum gesunden Stadtklima bei; Regenwassermanagement und eine gute Fußwegeverbindung vom Neustadtswall zur Großen Johannisstraße sind weitere wichtige Aspekte. Allerdings erwartet der Beirat von der Hochschule, an nachhaltige Vorzeigeprojekte, die aus der Hochschule selbst heraus initiiert worden sind, anzuknüpfen, die eigene Expertise und Innovationskraft auf dem Gebiet einer klimafreundlichen Architektur zu nutzen und belastbare, tieferegehende Fakten für den eigentlichen Bau zur Verfügung zu stellen – inklusive ambitionierter Angaben bezüglich einer CO₂-Bilanz. Er fordert eine erneute Prüfung alternativer Baustoffe. Dabei würde

möglicherweise die vom Beirat anfangs kritisierte Verwendung von Aluminium als konkurrenzfähige Option erscheinen – solange es sich um recyceltes Material handelt. Zusätzlich fordert der Beirat, dass bei der vorgesehenen Testung verschiedener farblicher Außenelemente den hellen Flächen der Vorzug gegeben werden soll, um einer unnötigen Aufheizung des dicht bebauten Quartiers vorzubeugen. Als denkbare Alternative zur Außengestaltung schlägt der Beirat vor in Erwägung zu ziehen, die gesamte Fassade als Fläche zur Energiegewinnung (Photovoltaik) zu nutzen.

(einstimmig)

gez. Czichon

Annemarie Czichon
(Ortsamtsleiterin)

Anlage 1, [Auszug Koalitionsvertrag vom 13.08.2019](#)

„Wir werden öffentliche Gebäude standardmäßig als Null-/Plusenergiehäuser bauen, soweit dies betriebswirtschaftlich rentabel ist. Wo dieser Baustandard betriebswirtschaftlich nicht rentabel ist, prüfen wir, ob wir aus klimapolitischen Gründen den Standard dennoch realisieren. Für die Umsetzung werden wir standardisierte Baulösungen nutzen und ggf. entwickeln. Die Möglichkeiten der neuen Landesbauordnung werden wir in geeigneten Pilotprojekten des Holzbaus ausnutzen. Wir wollen darüber hinaus vermehrt ökologische und recycelte Baustoffe einsetzen und insbesondere den Holzbau ausweiten. Wir werden alle wirtschaftlich rentablen, energetischen Sanierungsmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden umsetzen. Für wirtschaftlich nicht rentable Maßnahmen stellen wir Haushaltsmittel zur Verfügung. Insgesamt wollen wir damit ab 2022 jährlich 60 Mio. Euro in die energetische Gebäudesanierung investieren.“

Anlage 2, [Auszug Beiratsbeschluss vom 16.05.2019](#)

„Er bittet daher den ab Juli neuen Beirat Neustadt, bei allen seinen Maßnahmen und Beschlüssen immer auch maßgeblich zu berücksichtigen, welche Auswirkungen sein Handeln in Bezug auf die Klimakrise hat. Der Beirat Neustadt fordert darüber hinaus den Senat auf, für Bremen den Klimanotstand auszurufen und damit alle Entscheidungen der Administration im Land Bremen unter Klimavorbehalt zu stellen, mit dem Ziel den Ausstoß von CO2 als wichtigstem Klimakiller nachhaltig zu reduzieren und die Grüne Infrastruktur in Bremen als CO2 Speicher zu schützen und auszubauen.“